



Lili über ACTA

lili.blogspot.de // lilisiegen@gmx.de

Das Internet ist schon eine verrückte Sache. Im Internet sind die User alle (mehr oder weniger) gleich, es ermöglicht freien Zugang zu Informationen, Dienstleistungen und Wissen. Das verwundert, sorgen doch im „wirklichen Leben“ (dem virtuellen Leben nur allzu oft fälschlicherweise trennscharf entgegengesetzt) die ökonomischen Verhältnisse dafür, dass die „User“ viel ungleicher sind als im Internet. Wer Informationen möchte, ruft für 1,99/Minute die Auskunft an, für ein Beratungsgespräch bezahlt man die Verbraucherschutzzentrale und wer sein Wissen erweitern möchte muss entweder andauernd in die nächste Bibliothek rennen oder sich das halbe Zimmer mit einer gefühlt 300 Bände umfassenden Brockhaus Komplettausgabe zu stellen. Wer das Geld dazu nicht hat, oder es ganz einfach nicht ausgeben möchte, bleibt entweder uninformiert, unberaten und dumm, oder erledigt all das eben im Internet, und zwar kostenfrei. Kostenfrei? Naja, nicht ganz. Denn auch ein Internetanschluss muss ja bezahlt werden. Doch der ist nicht allzu teuer und in Ländern, die einen gewissen Wohlstand erreicht haben, für beinahe alle Menschen erschwinglich. So sind mittlerweile Millionen Menschen online.

Wo so viele Menschen Zeit und Arbeit investieren, entsteht logischerweise auch automatisch das ökonomische Interesse, die dort entstandenen Umsatzmöglichkeiten voll auszuschöpfen. Das findet auch schon längst im großen Stil statt: Internetwerbung ist ein Millionengeschäft, soziale Netzwerke wie Facebook generieren Milliardenumsätze, Kühlschränke bestellen mittlerweile selbstständig Lebensmittel im Internet.

Doch trotzdem läuft digital irgendwie so einiges anders. Was anders läuft, lässt sich sehr schnell deutlich erkennen: Opensource-Software bietet freien, editierbaren Zugang zu digitalen Produktionsmitteln, Filesharing sorgt für unmittelbaren Austausch von freien Gütern. Und alles was nicht frei oder opensource ist, kann ziemlich einfach illegal beschafft werden.

Die technische Entwicklung hat dafür gesorgt, dass die Produktionsmittel für digitale Produkte frei zugänglich geworden sind und ihre Beherrschung für alle ohne große Umstände, quasi nebenbei, realisierbar wurde. Es lässt sich digital produzieren,

ohne die Mittel dafür erwerben zu müssen. Die digitalen Produkte können, frei zu Verfügung gestellt werden, oder aber um sich ökonomisch eine bessere Position zu sichern, online vertrieben werden. So ganz abwesend ist der Kapitalismus ja auch im Internet nicht. Aber trotzdem: Freie Produktionsmittel für alle, Tausch ohne Entstehung von Wert – Kann es das im Kapitalismus geben? Ist das Internet abgekapselte, gesellschaftliche Mikrostruktur mit anderen Regeln? Teilbereiche des Netzes scheinen genau das zu ermöglichen.

Für den längst überfälligen staatlichen Eingriff in diese Teilbereiche soll jetzt mit dem internationalen Handelsabkommen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) der völkerrechtliche Rahmen geschaffen werden. ACTA geht es um die Bekämpfung von „Produktpiraterie“ und die Verhinderung und Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen. Der Protest dagegen befürchtet, den Verlust von Kreativität und Freiheit im Netz. Und das nicht zu Unrecht: ACTA legitimiert Regierungen dazu, Gesetze zu erlassen, nach denen es möglich ist, Menschen die Urheberrechtsverletzungen begangen haben, den Internetzugang zu sperren. Provider sollen dazu angeregt werden, selbstständig eine Art Vorratsdatenspeicherung zu betreiben, über ein gesetzliches Minimum hinaus Daten ihrer Kunden zu speichern um so Urheberrechtsverletzungen schneller strafrechtlich verfolgbar zu machen. Neben ausgedehnter staatlicher Überwachungsmöglichkeiten sollen private Unternehmen möglichst selbstständig Kunden überwachen. Darüber hinaus führt ACTA im schlimmsten Fall (oder aus Sicht der ACTA-Befürworter im besten Fall), unabhängig von durch ACTA legitimierter staatlicher Zensur, zur Selbstzensur der User. Videoplattformen wie Youtube wären nicht mehr möglich, das Zeitalter der digitalen Kopie und der darauf aufbauenden digitalen Remixkultur würde abrupt ein Ende finden. Auch wenn ACTA keine verbindlichen Regelungen enthält, sondern nur Empfehlungen an Regierungen und Wirtschaft, sind all dies denkbare Konsequenzen. Mit der Freiheit stirbt die Kreativität im Netz, so befürchtet es die Stimme des Protests.

Um ACTA und den Protest dagegen schließlich zu

beurteilen reicht es jedoch, ohne großartig auf Details des Vertrages einzugehen, sich der Rolle des Staates in den herrschenden Verhältnissen bewusst zu werden. Der Staat ist Garant für einen reibungslosen Ablauf der Wertverwertung und setzt Kapitalinteressen in der Praxis um. Er subventioniert, wo die Verwertungslogik in neue Bereiche vordringen kann, greift mit harter Hand durch, wenn Produktionsketten zum Stillstand gebracht werden und sorgt mit den Spielregeln der Bürokratie für einen geregelten Ablauf des Ganzen. Das macht der Staat, in Europa, seit mindestens 200 Jahren.

Die Frage ist, warum sollte der Staat das alles im Netz plötzlich nicht mehr machen? Wenn die fortschrittliche Struktur des Internets den Produktionsverhältnissen voraus ist und gesellschaftliche Bereiche der Verwertung entzieht, hat der Staat notwendigerweise ein Interesse daran, regulierend einzugreifen. Daran ist im Prinzip überhaupt nichts verwunderliches.

Und auch die von den Protesten formulierte Forderung, dass sogenannte „Kulturgüter“ und Ideen, frei von staatlichem Eingriff als Gemeingut existieren sollten, ergibt wenig Sinn. Das Netz und Computer bieten zwar, wie nie zuvor, die Möglichkeit zur Verbreitung und Bearbeitung von Ideen. Dass dem aber so ist und dass die Bearbeitung und Verbreitung von Arbeitsprodukten im digitalen Bereich tatsächlich so praktiziert wird, als Gäbe es schlicht und einfach keine Eigentums- und Rechtsverhältnisse, lässt aber den Schluss nicht zu, dass es auch genau so sein sollte. Die Frage ist wieder, warum diese „Kulturgüter“ und Ideen mit Entwicklung des Internets plötzlich frei geworden sein sollten. Dass auch Ideen, als immaterielle Produkte geistiger Arbeit von Menschen, die Warenform annehmen können und als Ware immer auch den herrschenden Eigentumsverhältnissen der Klassengesellschaft entspringen und diese gleichzeitig widerspiegeln, ist schon seit 200 Jahren so, daran ändert auch das Internet nichts. Zwar wird das Urheberrecht z.B. in Deutschland der technischen Entwicklung nicht gerecht, aber wenn die Strukturen des Netzes sich in diesem Fall nicht den Verwertungsinteressen angleichen können oder umgekehrt, sich die Verwertungsinteressen der Struktur des Netzes nicht anpassen, ist es nur logisch, dass der Staat mit Gewalt versucht, ein veraltetes Urheberrecht durchzusetzen.

Die große Aufregung über ACTA und die Entwicklung, die überhaupt erst an diesen Punkt

führte, ist damit zu erklären, dass das fortschrittliche Potential des Internets jahrzehntelang von Usern erkannt und genutzt, aber von der Politik, den Entscheidungsträgern der Kulturindustrie und Rechteinhabern völlig falsch eingeschätzt wurde. ACTA ist, aus dem entsprechenden Blickwinkel betrachtet, der nachvollziehbare Versuch, die Grenzen die das Internet gesprengt hat, wieder herzustellen. Das Netz, zu großen Teilen auf offenen Standards und Open-Source basierend, sorgte durch seine Struktur (die tatsächlich auch in etwa so konzipiert war) dafür, dass die Autorität der einzelnen Staaten untergraben wurde. Der Bereich, der zuvor 200 Jahre lang erfolgreich durch den Nationalstaat reguliert wurde, die Warenzirkulation, nahm plötzlich Dimensionen an, die mit konventionellen staatlichen Mitteln überhaupt nicht mehr zu kontrollieren waren. Doch war zu Beginn des World Wide Webs nur schwer vorstellbar, welche Dimensionen dieser technischen Struktur inne wohnten. Dass macht aber die Vorstellung, dass ein Regulierungssystem wie ACTA unmittelbar nach der Entstehung des Internets von der Staatengemeinschaft oder einzelnen Staaten forciert und angewendet worden wäre, nicht widersprüchlich. Viel mehr erklärt sich dadurch die historische Entwicklungsgeschichte des Internets. Es ist durchaus denkbar, dass die Menschen mit digitalen Regulierungen und Zensur aufgewachsen wären und das Internet heute eine weitaus unbedeutendere gesellschaftliche Stellung entwickelt, eine gesellschaftliche Nebenrolle erhalten hätte. Was jetzt mit ACTA für viele Leute wie ein Widerspruch anmutet, entspringt jedoch notwendigerweise den Verwertungsinteressen des Kapitals – die Entwicklung kommt lediglich viel zu spät, was dafür sorgt, dass die historische Entwicklungsgeschichte des Internets als „naturwüchsig“ und völlig „normal“ angesehen wird.

Wer ACTA nicht gut findet, hat damit sicherlich recht, denn hat sich das Internet glücklicherweise erst einmal so entwickelt, wie wir es heute kennen, so spricht nichts dagegen, sich dafür einzusetzen, dass es so bleibt. Der Protest dagegen verkennt aber, dass es eben nicht selbstverständlich ist, dass das Netz so ist wie ist und dass das Leben im digitalen Bereich wie jeder andere Lebensbereich auch dem Einfluss kapitalistischer Verwertungslogik ausgesetzt ist. Im Glauben daran, sich an eine neutrale und gerechte Entscheidungsinstanz zu wenden, fordert der Protest vom Staat genau das

nicht zu tun, wofür der Staat in diesem Fall nun mal da ist, nämlich eine reibungslose Produktion zu garantieren und dem Kapital die Durchsetzung seiner Interessen zu verwirklichen. Zuweilen kann es auch tatsächlich so aussehen, als nehme der Staat die Interessen der Menschen wahr und setze sich für sie ein. Ein Sozialstaat, der zumindest dafür sorgt, dass die Menschen einen gewissen minimalen Lebensstandard halten können und nicht völlig verelenden und ein Staat, der hier und da den Menschen tatsächlich Zugeständnisse macht, erweckt offensichtlich den Anschein die neutrale Vermittlungsinstanz zwischen den verschiedenen Interessen und Ansprüchen in einer Gesellschaft zu sein. Indem er all das tut, dient der Staat jedoch nicht den Interessen der Menschen sondern dem des Kapitals - muss der Staat doch die Reproduktion der Arbeitskräfte gewährleisten und dafür sorgen, dass die Unzufriedenheit nie ein gewisses kritisches Maß überschreitet.

Dass das Internet in seiner jetzigen Form auf lange Sicht, unabhängig von ACTA, bestehen bleibt ist deshalb nicht anzunehmen. Ein freies Internet kann es, wie eine freie Gesellschaft, im Kapitalismus nicht geben.